

Weil das Arbeitsministerium weniger Geld ausgeben will, droht ein bewährtes Fördersystem für junge Erwachsene zu kippen.

5.000 junge Bielefelder vom Sparplan des Bundes betroffen

Michael Schläger

Bielefeld. Fünftausend junge Leute unter 25 Jahren sind in Bielefeld ohne Jobperspektive. Die soll ihnen in Projekten von Beschäftigungsinitiativen oder auch von anderen Trägern vermittelt werden. Doch jetzt könnten sie zum Bauernopfer der Sparpolitik der Bundesregierung werden – so wie 700.000 Jugendliche bundesweit. Hintergrund sind die Auflagen, die Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) allen Bundesministerien gemacht hat.

Was ist passiert? Die Arbeitsmarkt-Förderung von jungen Bürgergeldempfängern unter 25 Jahren soll ab dem Jahr 2025 von den heute dafür zuständigen Jobcentern in die Arbeitsagenturen verlagert werden. Und so funktioniert dabei der Spartrick, den man sich im Ministerium von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) ausgedacht hat: Die Jobcenter werden aus Haushaltsmitteln bezahlt, und die sollen ja eingespart werden. Die Gelder der Arbeitsagentur stammen dagegen aus den Beiträgen der Arbeitnehmer. Der Bund würde also finanziell entlastet, die Beitragszahler belastet. Insgesamt stehen 900 Millionen Euro auf der Einsparliste. 400 Millionen sollen durch die Verlagerung hereingeholt werden. Weitere 500 Millionen sollen darüber hinaus gekürzt werden.

„Kommt diese Regelung, ist das ein schwerer Schlag für unsere Arbeit vor Ort“, sagt Markus Schäfer, Geschäftsführer des Vereins BAJ, einem Spezialisten für berufliche Orientierung. Allein beim BAJ sind 200 junge Leute tätig, die vom Jobcenter vermittelt wurden. Dort wird bisher alles aus einer Hand geregelt – ganz im Sinne des Grundsatzes vom „Fördern und Fordern“. Die jungen Leute erhalten das Bürgergeld ausgezahlt und werden gleichzeitig in Qualifizierungsmaßnahmen vermittelt.

Künftig müssten sie zusätzlich bei der Arbeitsagentur vorstellig werden. „Die Arbeitsagentur verfügt aber gar nicht über das Personal, um diese zusätzliche Aufgabe zu erledigen“, sagt Anke Schmidt. Sie ist Chefin des Beschäftigungsprojektes „Kurz Um“, wo 30 junge Leute tätig sind, und sie gehört wie Schäfer zum geschäftsführenden Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Bielefelder Beschäftigungsinitiativen (AGBI), in der insgesamt 15 Träger zusammengeschlossen sind.

Einer dieser Träger ist auch die Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (GAB). Deren Geschäftsführer Selcuk Icen hat die Befürchtung, dass viele junge Leute gar nicht mehr in den Qualifizierungsprojekten ankommen. Viele hätten Sprachschwierigkeiten,

eine problematische Bildungslaufbahn. Mit solchen Beeinträchtigungen könnten viele auf dem Weg durch die Instanzen verlorengelassen werden. „Die Folgen für die Sozialkassen werden dramatisch sein, wenn diese jungen Menschen keine reelle Chance mehr haben, ihren Platz auf dem Arbeitsmarkt zu finden“, sagt Markus Schäfer. Zu den künftig komplizierten Wegen für die jungen Leute kommen die Mittelkürzungen. „Wir befürchten, dass da eine Menge wegfällt.“

Die AGBI hat sich an die heimischen Bundestagsabgeordneten gewendet, Wiebke Esdar (SPD), Britta Haßelmann (Grüne) und Jens Teutrine (FDP) angeschrieben. Oberbürgermeister Pit Clausen (SPD) hat die Arbeitsgemeinschaft auf ihrer Seite.

Es sei nicht ersichtlich, wie die geplante Reduzierung der Eingliederungsmittel für die Jobcenter, die sich in Bielefeld mit etwa vier Millionen Euro jährlich auswirken würde, ausgeglichen werden solle. „Das Geld würde für notwendige Maßnahmen in Bielefeld fehlen. Ich setze darauf, dass der Bundestag das stoppt“, sagt Clausen.